

13.11.2009

Zieht Obama die Truppen ab?

US-Präsident Obama hat alle Pläne abgelehnt, weitere US-Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Er wolle eine komplett neue Strategie, hieß es im Weißen Haus. Will er die Truppen nach Hause holen?

"Obama muss die Quadratur des Kreises schaffen", sagt Conrad Schetter vom Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn im Interview mit DW-WORLD.DE. "Der US-Präsident muss Erfolge in Afghanistan vorweisen können, um wiedergewählt zu werden. Doch der einzige Erfolg kann sein: Mit erhobenem Haupt rausgehen aus Afghanistan - die Truppen abziehen."

Abzug in absehbarer Zeit?

Tom Koenigs, ehemaliger UN-Sondergesandter für Afghanistan und designierter Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag, sieht zwar keine Anzeichen für einen sofortigen US-Truppenabzug, rechnet aber zumindest mit einem klar definierten Abzugsdatum in "absehbarer Zeit". Im Interview mit DW-WORLD.DE sagte Koenigs: "Obama und die deutsche Bundesregierung kommen nicht umhin, vor der nächsten Wahl einen Abzugstermin zu präsentieren - und das ist gut so."

Der Druck für Obama sei einfach zu groß, erläutert Schetter: Die Stimmung in der US-Bevölkerung sei völlig gekippt - jeder tote Soldat würde die Moral, in Afghanistan zu bleiben, weiter senken. "Die Toleranzschwelle ist deutlich gesunken. Dagegen muss Obama etwas tun", so Schetter. Für ihn steht fest: "Die Truppenpräsenz zu erhöhen wäre ein Schritt in die falsche Richtung."

Kein unbefristeter Einsatz

Der Meinung ist auch der US-Botschaft in Kabul, Karl Eikenberry. Er hat vor der Entsendung weiterer Truppen nach Afghanistan gewarnt. Korruption und Missmanagement im Land seien zu eklatant - zunächst müsse abgewartet werden, ob es der afghanischen Regierung gelänge, diese Situation zu verbessern. Ähnliches klang auch in einer Erklärung des Weißen Hauses durch: Nach jahrelangem "beachtlichen Einsatz des amerikanischen Volkes" müsse sich jetzt zunächst die Staatsführung in Afghanistan "in angemessener Zeit" verbessern. Der US-Einsatz sei keinesfalls unbefristet.

"Wir erleben eine klare Umkehr der Argumente, um eine Legitimation aufzubauen, die Truppen abzuziehen", sagt Schetter dazu. "Wir wussten schon vor acht Jahren, dass der Staat in Afghanistan korrupt ist. Damals schickten die USA und ihre Verbündeten Soldaten, um das zu ändern. Heute nehmen sie es als Argument, die Truppen wieder abzuziehen."

Modernisierung gescheitert?

Auch von dem Ziel, in Afghanistan eine Demokratie nach westlichen Standards zu schaffen, hätte sich die Politik offenbar still schweigend verabschiedet, analysiert Schetter. "Es ist auffällig, das in den aktuellen Strategiepapieren zu Afghanistan das Wort 'Demokratie' kaum noch erwähnt wird. Das war vor acht Jahren ganz anders."

"Der Versuch, Afghanistan zu modernisieren und die menschenverachtenden Strukturen zu verbessern, hat in den vergangenen Jahren tiefe Rückschläge erlitten", sagt auch Tom Koenigs. "Die ausländischen Truppen können nicht so lange in Afghanistan bleiben, bis das Land die 500 Jahre Entwicklungsunterschied zu westlichen Staaten aufgeholt hat."

Obama will alle Optionen prüfen

Der Oberkommandant der US-Truppen in Afghanistan, Stanley McChrystal, hatte eine Entsendung von weiteren 40.000 US-Soldaten an den Hindukusch vorgeschlagen. Barack Obama traf sich daraufhin mit seinen Militärberatern und sprach vier Optionen durch - auf dem Tisch waren nach Medienberichten Truppenerhöhungen von 10.000, 20.000, 30.000 oder 40.000 Mann. Dabei ging es vor allem um Soldaten für die Logistik und die Administration, eine Ausweitung der Frontsoldaten ist offenbar nicht geplant.

Doch dann die Überraschung: Obama lehnte nach lang anhaltenden Besprechungen alle diese Pläne ab. Er verlangte die Klärung aller verfügbaren Optionen - das heißt offenbar auch die eines Truppenabzugs.

Krieg ohne Soldaten?

Auch Schetter geht davon aus, dass sowohl die deutschen, als auch die US-amerikanischen Truppen in den nächsten Jahren abgezogen werden. "Die USA setzen dann auf eine langfristige militärische Präsenz durch technische Überlegenheit: Satellitenüberwachung, Fernbombardierung, Drohnen - all das wird die amerikanische Regierung nutzen, um den Kampf gegen den Terror in Afghanistan fortzusetzen, ohne weiter Soldaten im Land zu gefährden." Hinzu käme ein Ausbau der Geheimdienstarbeit vor Ort und eine deutliche finanzielle Unterstützung: "Die USA werden vermutlich Lösegelder für Terroristen aussetzen und Milizen finanziell unterstützen. Das wird letztlich das Land spalten und zu bürgerkriegsartigen Zuständen führen."

Entscheidend sei eine funktionierende Polizeiarbeit vor Ort, so Schetter. "Heimische Polizisten können wesentlich besser als Soldaten das leisten, was in Afghanistan dringend gebraucht wird: Ein sicheres Umfeld schaffen und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen."

Autorin: Anna Kuhn-Osius (mit dpa, ap, afp, rtr)

Redaktion: Oliver Pieper

| www.dw-world.de | © Deutsche Welle.